

Beschluss:

1. Der Vortrag des Referenten zur Humanisierung der Flüchtlingspolitik in Bayern wird zur Kenntnis genommen.
2. Im Rahmen der Beratungen zur Positionierung der Bayerischen Staatsregierung in den Fragen zur Flüchtlingspolitik in Bayern fordert der Stadtrat der Landeshauptstadt München die Regierung auf, folgende Aspekte zu berücksichtigen und in ihre Entscheidung aufzunehmen:

Alle noch bestehenden Containerunterkünfte für Flüchtlinge werden baldmöglichst geschlossen.

Das Bayerische Aufnahmegesetz wird geändert, und es werden nur noch Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, die sich im Asylverfahren befinden.

Die Zwangsunterbringung wird aufgehoben.

Familien sollen die Unterkünfte so schnell wie möglich verlassen können.

Die Essenspakete und die Hygienepakete sind abzuschaffen. Stattdessen soll der Regelsatz des Asylbewerberleistungsgesetzes ausgezahlt werden.

Arbeitsverbote dürfen lediglich im ersten Jahr des Aufenthalts verhängt werden. Alle weiteren Einschränkungen sollen unabhängig vom Aufenthaltstitel aufgehoben werden.

Entsprechend dem Integrationskonzept für München sollen Integrationsmaßnahmen auch für Flüchtlinge möglich sein.

In den Unterkünften ist eine ausreichende soziale Betreuung sicherzustellen. Insbesondere für Kinderbetreuung ist zu sorgen.

In den Erstaufnahmeeinrichtungen ist ein entsprechend der EU-Aufnahmerichtlinie vorgesehenes Clearing zur Erkennung von traumatisierten Flüchtlingen einzurichten. Die Früherkennung und Behandlung von Traumata muss sichergestellt werden.

Familienangehörige, die verschiedenen Orten zugewiesen sind, sind unbürokratisch zusammenzuführen.

3. Der Antrag Nr. 08-14 / A 00506 der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 29.12.2008 bleibt aufgegriffen.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.
